

Nachrichten



Ausländische Erntehelfer – hier bei der „Mondapfel“-Ernte – bei der Arbeit: Möglicherweise kommen ab 2006 vermehrt Rumänen als Ersatz für die mit hohen Sozialversicherungskosten belasteten polnischen Erntehelfer im Alten Land und auf der Geest bei der Spargel-, Erdbeer- und Apfelernte zum Einsatz. Foto: Vasel

Koalition verunsichert Obstbau

Neue Regierung will Zahl ausländischer Erntehelfer um ein Drittel abbauen

Altes Land. (bv). Die künftige Bundesregierung will die Zahl ausländischer Erntehelfer um rund ein Drittel reduzieren – und durch Langzeitarbeitslose ersetzen. Gleichzeitig ist im Koalitionsvertrag die Rede davon, dass die Landwirtschaft ihren Bedarf „ausreichend decken kann“. Die Crux: „Der Erntehelfer-Pool der Agentur für Arbeit umfasst knapp 20 Personen. Wie es 2006 weitergeht, wissen wir noch nicht“, so Agentur-Sprecherin Ilona Kramer. Durch Hartz IV und weitere Verschärfungen „werde die Zahl etwas steigen“. Doch um Spargel, Erdbeeren oder Äpfel zu ernten, sind allein im Kreis Stade rund 4500 Erntehelfer im Einsatz.

Mit dem Einsatz der Osteuropäer würden auf den Höfen und in den vor- und nachgelagerten Bereichen hunderte von Dauer- und Vollarbeitsplätzen gesichert. „Sämtliche Sonderkulturbetriebe können ohne die 4500 Saisonarbeitskräfte, vor allem Polen, aufgrund der globalisierten Märkte nicht existieren. Wir brauchen Sicherheit“, betont Bernd Eckhoff vom Kreisbauernverband. Das Problem der Arbeitslosigkeit sei durch Langzeitarbeitslose nicht zu lösen – ist sich das Landvolk mit den Bundestagabgeordneten Margrit Wetzel (SPD) und Martina Krogmann (CDU) einig.

Gleichwohl stehe der Kreisbauernverband dem Einsatz von deutschen Arbeitslosen bei der Ernte offen gegenüber. Zwangsvermittelte Helfer lehnten die Bauern aber ab. Eckhoff: „Motivation und Leistungsbereitschaft gehören auch hier zu wichtigen Arbeitnehmertugenden. Wir verdienen unser Geld mit Tafel- und nicht mit Industrie-Obst, Fehler beim Pflücken und Sortieren können über Gewinn und Verlust entscheiden.“

Das hat die Praxis auch in diesem Jahr bewiesen. Der Obstbau kooperiere seit Jahren mit der Agentur für Arbeit, so beim Einsatz von Arbeitslosen im Fruchthandel. „Wir sind bereit, weiter am Abbau der Arbeitslosigkeit mitzuarbeiten.“ Vorschlag: Definition der kurzfristigen Beschäftigung ändern, so dass auch arbeitslose Arbeitnehmer ohne Zahlung von Sozialversicherungsabgaben bis zu zwei Monate beschäftigt werden könnten. In der Praxis würde das bedeuten, dass während der Saisontätigkeit der Arbeitgeber den Tariflohn zahlt. Die Beiträge für die Arbeitnehmer zur Sozialversicherung würden weiterhin von der Bundesagentur für Arbeit in unveränderter Höhe bezahlt werden.

Parallel sei ein Vertrag mit Polen erforderlich, um den Bedarf an Pflückern zu sichern. Ziel: Die in Deutschland geltenden Sozialversicherungsregelungen für kurzfristig Beschäftigte auch auf ausländische Saisonarbeitskräfte auszudehnen.

Artikel erschienen am: 19.11.2005

 Artikel drucken

Fenster schließen

© Zeitungsverlag Krause GmbH & Co. KG